



Landesnaturschutzverband  
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-  
und Umweltschutzverbände  
in Baden-Württemberg  
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-  
verband nach § 67 NatSchG

# Pressemitteilung 101228

Stuttgart, den 28. Dezember 2010

## LNV benennt „seine“ Wahlkampfthemen

### **Mehr staatliches Engagement im Umwelt –und Naturschutz**

*Konkrete Forderungen zu Bauen, Energie, Landwirtschaft und Natur- und Gewässerschutz*

**Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V. (LNV), Dachverband von 33 Natur- und Umweltschutzvereinen mit rund 540.000 Mitgliedern, hat für die Kandidat/innen zur Landtagswahl einige wichtigen Forderungen für einen effektiven und wirkungsvollen Natur- und Umweltschutz zusammengestellt.**

**Aus Sicht des LNV-Vorsitzenden Reiner Ehret werden die Entscheidungen der kommenden fünf Jahre zeigen, ob die Regierung in der Lage ist, die Weichen so zu stellen, dass die Schönheit und der Reichtum von Baden-Württemberg nicht nur genutzt und verbraucht, sondern nachhaltig für künftige Generationen bewahrt wird .**

Beim Flächenverbrauch fordert der LNV angesichts stagnierender Bevölkerungszahlen ein „Netto-Null“, also kein weiterer Zuwachs an Bauland. „Es darf“, so Ehret, „zukünftig nicht sein, dass sich Kommunen durch Baulandausweisungen einen ruinösen Konkurrenzkampf um Gewerbeansiedlung und um junge Familien liefern“. Der LNV fordert stattdessen die Nutzung innerörtlicher Potenziale, dazu seien steuernde Instrumente wie eine strenge Bedarfsprüfung für neue Baugebiete, verpflichtende Innenentwicklungskonzepte und eine Grundsteuerreform mit Impulsen zum Flächensparen notwendig .

Erheblichen Handlungsbedarf sieht der LNV auch beim chronisch unterfinanzierten Naturschutz. Als Folge gehen Biotope verloren, Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Als „Gegenmittel“ hält der LNV flächendeckende Landschaftserhaltungsverbände für unverzichtbar. Die Umsetzung der neuen europäischen Schutzgebiete Natura 2000

gälte es zu forcieren, Ebenso müsse die im Gesetz festgeschriebene Biotopvernetzung realisiert und der Generalwildwegeplans in den Generalverkehrsplan übernommen werden.

In gleicher Weise unzufrieden ist Reiner Ehret mit der Energiebilanz im Land: „Man kann alles - außer Energieeffizienz! Wohl wird zunehmend regenerativer Strom erzeugt, dieser dann aber großzügig verschleudert.“ Erforderlich wäre laut LNV eine Verbesserung und Überwachung der Energienormen beim Bau neuer Wohnungen und die Beschleunigung der Altbausanierung, ferner Unterstützung statt Blockade von strengeren Energienormen bei Kraftfahrzeugen.

Als weiteren „Brennpunkt“ sieht der LNV die Fehlentwicklungen bei Bioenergie. Intensive Maisnutzung verändert die Landschaft, in Oberschwaben werden Moorwiesen zu Äckern umgebrochen, was viel mehr CO<sub>2</sub> freisetzt, als durch Biogas eingespart wird. Geschützte artenreiche Wiesen werden durch Intensivierung und Gärrestaubsbringung entwertet. Technisch mangelhafte Anlagen setzen klimaschädliche Gase frei und nutzen nicht die anfallende Abwärme. Der LNV fordert deswegen, dass neue Biogasanlagen nur genehmigt werden, wenn diese Mängel durch neue Normen behoben werden. Bis zur Realisierung dieser muss – so die Forderung des LNV-Landwirtschaftsreferenten Dr. Gerhard Bronner – die Landesregierung ein Moratorium für neue Biogasanlagen erlassen!

Doch nicht nur beim Biogas, sondern in der gesamten Agrarpolitik möchte der LNV das Geld dorthin lenken, wo – zum Beispiel im Schwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb - Vielfalt und Kulturlandschaft wirklich erhalten wird. Statt „Gießkannenzahlungen“ an alle soll es öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen geben, wirklich sinnvolle Programme wie MEKA und Vertragsnaturschutz dürfen finanziell gesehen nicht weiter unter „ferner liefern“ rangieren. Dr. Bronner fordert deswegen, dass der Standard der guten fachlichen Praxis angehoben wird!

Am Schluss seiner Forderungsliste wünscht der LNV, dass verbaute Fließgewässer, die heute meist in einem jämmerliche Zustand sind, wieder zu Lebensadern der Landschaft werden. Das Wassergesetz fordere schon lange deren Renaturierung, aber die verfügbaren Mittel fließen überwiegend in den technischen Hochwasserschutz. Der LNV-Chef fordert deswegen mehr Geld für die Renaturierung, durchge-

hende Gewässerrandstreifen und die Beseitigung von Wanderungshindernissen für Fische an allen Fließgewässern. Zur Gewinnung neuer Hochwasser-Flutungsflächen gälte es Deichen und Dämmen zu öffnen, die heute ausschließlich unbebautes Land sichern.